

Haushaltsrede v. BM Rudolf Kürner zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2019 mit Finanzplanung 2018 bis 2022 und der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe Wasserwerk und Abwasserbeseitigung am 27. November 2018

Sehr geehrte Gemeinderatsmitglieder, werte Mitarbeiter/innen, meine Damen und Herren,

Deutschland geht es gut wie lange nicht mehr. Über 44 Millionen Menschen sind in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen, Bund und Länder erzielen Überschüsse. Die Wirtschaft läuft. Die Flüchtlingsobergrenze wird nicht annähernd erreicht.

Auch unsere Stadt erzielt höhere Steuereinnahmen, wir haben im letzten Haushaltsjahr einen deutlichen Überschuss erwirtschaften können.

Also, alles gut?

Leider nein. Die politische Stimmung im Land ist schlecht, der Ton in den politischen Auseinandersetzungen wird auf allen Ebenen rauer, teils beleidigend, teils inhaltlich verfälschend. Viele laufen mittlerweile falschen Versprechungen auf einfache und schnelle Lösungen hinterher. Getrieben werden sie von einer vermeintlichen Angst vor Flüchtlingen, vor der Digitalisierung, vor dem eigenen Wohlstandsverlust und vor dem mutmaßlichen Versagen der staatlichen Ebenen.

Auch unsere Stadt wird für vieles verantwortlich gemacht, wofür wir oft gar nichts können. Z. B. für den rasch steigenden Bedarf an KiTa-Plätzen und für die ständig steigende Regelungsdichte beim Brandschutz und in Sicherheitsfragen bei Veranstaltungen. Aber wir nehmen Kritik ernst und nur so können wir besser werden und Markgröningen weiter nach vorne

bringen. Das ist nach wie vor mein erklärtes Ziel als Bürgermeister mit dem Gemeinderat und meinen Mitarbeiter/innen.

Zum Glück ist die großpolitische Wetterlage bei uns in Markgröningen noch nicht Alltag in der politischen Praxis.

Aber den Blick auf die Welt bestimmen derzeit Naturkatastrophen, militärische Konflikte und Bilder von Flucht. Sicherlich trägt dies dazu bei, dass sich so viele Menschen in unserem Land verunsichert fühlen. Realen Grund gibt es dafür in einem Land wie Deutschland derzeit kaum. Die eingangs erwähnte wirtschaftliche Gesamtsituation ist Ausweis dafür. Es gibt auch Menschen, die werben für ein positiveres Denken in Deutschland wie etwa der Schauspieler Jan Josef Liefers, der es einmal so ausgedrückt hat: „Mich nervt der Hang zum Klagen, als stünde uns ständig das Wasser bis Oberkante Unterlippe.“ Dabei sei das

Leben in Deutschland „ein Hauptgewinn.“

Also, im Grunde doch alles gut? Ich meine, trotz der wirklich guten Lage in unserem Land, können und dürfen wir die Augen vor der Verunsicherung vieler Menschen nicht verschließen. Wir können uns nicht auf einer wirtschaftlich positiven Situation ausruhen. Noch dazu ist, unsicher, wie lange die wirtschaftliche Hochphase anhält. Wir müssen mit unserem Handeln Sicherheit vermitteln und wir müssen diese Phase nutzen, um für künftige Herausforderungen gewappnet zu sein. Wir müssen uns beständig darauf vorbereiten, damit wir nicht von ihnen überfallen werden; damit es nicht dazu kommt, dass wir von Entwicklungen überrollt werden, in denen es dann kaum noch Steuerungsmöglichkeiten gibt.

Unsere Planungen weit über den Mittelfristigen Finanzplanungszeitraum hinaus mittels der Versusliste, wie wir sie nennen, führt uns vor Augen, dass wir wachsam sein und den Menschen in unserer Stadt offen sagen müssen, dass wir nicht in der Lage sein werden, alles zu erfüllen, was man sich wünscht, oder zeitnah wünscht. Ich bin davon überzeugt, dass man die Zukunft nicht in düsteren Farben malen muss.

Wir brauchen einen positiven Blickwinkel auf das, was vor uns liegt. Und um der empfundenen Unsicherheit vieler Zeitgenossen zu begegnen, bedarf es im Handeln vor allem der Beständigkeit und Verlässlichkeit. Für Aktionismus ist bei der Haushaltsdebatte kein Raum.

Verlässlichkeit bedeutet auch, dass einmal gefasste Beschlüsse nicht ständig wieder in Frage gestellt werden. Verlässlichkeit, wie ich sie verstehe, umfasst aber vor allem das, was heute gerne als Nachhaltigkeit bezeichnet wird.

Es gibt wohl kaum einen Begriff, der in den vergangenen Jahrzehnten so stark Eingang in den Wortschatz von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft gefunden hat, wie der der Nachhaltigkeit.

Ohne Nachhaltigkeit ist keine Zukunft möglich; ökologisch, sozial und wirtschaftlich. Daran wird das städtische Handeln ausgerichtet und das ist Leitmotiv bei unseren Planungen, die allesamt dazu beitragen, den künftigen Herausforderungen zu begegnen. Und dazu gehören nicht nur die Umsetzung des Lärmaktionsplans, das Energiemanagement, die Verkehrsplanungen mit der Elektromobilität und die Verbesserung der Luftreinheit.

Die Herausforderungen die vor uns liegen, haben sich gegenüber den Herausforderungen vergangener Jahrzehnte stark gewandelt. Im Rahmen der Feierlichkeiten zum Schäferlauf ist das deutlich geworden. Vieles ist komplexer geworden und globale Entwicklungen wirken sich hier vor Ort viel unmittelbarer aus.

Die Herausforderungen der kommenden Jahre sind u.a. durch Anforderungen an unsere Betreuungs- und Bildungslandschaft,

Digitalisierung, Siedlungsdruck, Verkehrsentwicklung und demographischen Wandel geprägt.

Der von unserem Kämmerer Klaus Schmelzer aufgestellte Haushaltsentwurf trägt dem Rechnung. Mit der Umstellung auf das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen sind wir verstärkt zum nachhaltigen Wirtschaften aufgefordert. Ich finde diese neue Form des Wirtschaftens richtig, wenngleich es mittelfristig gesehen ungleich schwieriger ist, einen positiven Haushalt einzubringen. Dies deshalb, weil wir die Abschreibungen für die Investitionen erwirtschaften müssen, um unsere Vermögenswerte stabil zu halten.

Aufgrund unserer hohen Investitionen und die dadurch geschaffenen Vermögenswerte schlagen sich dem zu Folge überdurchschnittlich hohe Abschreibungen im Haushalt nieder. Beispiel dafür ist vor allem unser generalsaniertes Bildungszentrum.

Der Gesetzgeber hat uns bis zum Haushaltsjahr 2020 Zeit gegeben, den positiven Haushalt zu erreichen. Nicht ohne Stolz können wir dieses Ergebnis schon ein Jahr früher präsentieren. Natürlich ist das auch den konjunkturellen Rahmenbedingungen und den guten Steuereinnahmen zu verdanken. Aber auch den Anstrengungen der Stadtverwaltung, die in dem vorliegenden Planwerk teils schmerzhaft Einschnitte vorgenommen hat. Ich bin mir sicher, dass dies auch in den kommenden Jahren notwendig sein wird, denn ein positives Ergebnis einmal erreicht zu haben, heißt noch lange nicht, dass damit die Automatik eintritt. Wenn wir die bereits auf die kommenden Jahre zurückgestellten Projekte in der Versusliste betrachten, dann werden wir uns aus heutiger Sicht von einigen Vorhaben Anfang der 20er Jahre komplett verabschieden und uns auf den Pflichtbereich zurückziehen müssen.

Der Druck auf die Stadtfinanzen und die Erwartungshaltung an die Stadt sind groß. Markgröningen ist ein attraktiver Arbeitsplatzstandort, wenngleich die Zahl der Arbeitsplätze leicht zurückgegangen ist. Aber auch als Wohnort, der insbesondere aufgrund der guten Betreuungs- und Bildungsangebote, aufgrund eines guten ÖPNV-Angebotes mit der Erwartung eines Schienenanschlusses und aufgrund gut erreichbarer Naherholungsgebiete stark nachgefragt ist. Diese Attraktivität als Wohnstandort und der damit verbundene Bevölkerungszuzug bedeuten für uns nicht nur eine soziale Bereicherung, sondern vor allem auch eine finanzielle Herausforderung. Denn natürlich bedeutet der Zuzug beispielsweise auch eine steigende Nachfrage nach Kindergarten- und Schulplätzen, für die investiert werden muss. Der Bedarf nach 10 Kita-Gruppen in beiden Stadtteilen zusammen bis zum Jahr 2025 und die neue Anziehungskraft unserer Schulen sind u.a. Ursache hierfür.

Nicht nur das Hans-Grüniger-Gymnasium und die Realschule sind bis auf den letzten Platz belegt, auch der Schüleranteil aus Markgröningen im Helene-Lange-Gymnasium steigt permanent an, wodurch die

Finanzierungsanteile der Stadt gegenüber dem Landkreis laufend zunehmen. Die dreizügig gebaute Realschule ist schon im dritten Jahr fünfzünftig, was uns veranlasste, beim Oberschulamt und beim Staatlichen Schulamt Alarm zu schlagen, um die Schülerströme der auswärtigen Schüler besser lenken zu können. Unser Hilferuf ist dort auf offene Ohren gestoßen und das staatliche Schulamt hat bereits Kontakt mit den betreffenden Nachbarkommunen aufgenommen und uns wurde zugesichert, dass unser Bildungszentrum dauerhaft maximal achtzünftig bleibt. Dies passt auch, denn die Realschule in Tamm kämpft um ihre Zweizügigkeit, wie mir der Kollege mitgeteilt hat. Mit einer Verbesserung des Schülertransports aus Möglingen und Asperg wird sich dieses Problem einvernehmlich lösen lassen. Trotzdem sind für unsere Schulen auch künftig wichtige Investitionen geplant. So hat weiterhin der zweite Bauabschnitt bei der Landergrundschule, der vor allem für die dortigen Zusatz-Betreuungsangebote und die Essensversorgung große Bedeutung hat.

Für die Schülerinnen und Schüler stellt auch das Hallenbad eine Lehreinrichtung dar, aber auch für den Turnverein und Sporttreibende ist das Schwimmbad eine wichtige Einrichtung. Festzustellen bleibt jedenfalls, dass aufgrund des Alters und des Gesamtzustandes des Hallenbades perspektivisch absehbar war, dass - nicht nur aus energetischen Gesichtspunkten - sondern vor allem auch in Hinblick auf die Bausubstanz erhebliche Sanierungsmaßnahmen, vor allem im Kernbereich des Bades, notwendig sind. Deshalb stehen wir heute vor der Situation, dass es im Bad einen massiven Sanierungsstau gibt, den wir zwar mit einer mittleren Investition für die nächsten Jahre etwas abfangen konnten, aber schon jetzt müssen wir die Zukunft des Hallenbades planen. Zur Frage der künftigen Notwendigkeit für den Sportunterricht legen wir derzeit einen Sportstättenleitplan auf, um die Zukunft des Schul- und Vereinssports für unsere Stadt zu definieren. Schon im Entwurfsstadium zeigt sich, dass wir bei den Sporthallenflächen in beiden Stadtteilen Bedarf haben und auch das Hallenbad, das ich mir längerfristig in einer interkommunalen Variante vorstellen kann, ist nach wie vor wichtig. Der 2. Bauabschnitt des neuen Sportgeländes ist ebenso wichtig, wird aber aus finanziellen Gründen aller Voraussicht nach in nächster Zeit nicht verwirklicht werden können. In diesem Jahr haben wir mit der Flächennutzungsplanung bis zum Jahr 2035 begonnen. Wie gesagt, Markgröningen ist ein wichtiger Arbeitsplatzstandort. Aufgrund des Weggangs von Magna und der Reduzierung von Arbeitsplätzen bei Mahle im Kleinzylinderbereich, ist die Zahl unserer Arbeitsplätze – trotz leichtem Anstieg in den letzten zwei Jahren, etwas zurückgegangen.

Aus diesem Grund müssen wir in unserem Flächennutzungsplan neue Gewerbeflächen ausweisen. Wir können uns nicht darauf verlassen,

dass das Interkommunale Gewerbegebiet südlich der Schnellbahntrasse auch umgesetzt werden kann, wonach es derzeit aussieht. Deshalb müssen parallel für eine eigene Lösung vorsorgen. Das wird nicht einfach, weil wir einerseits nicht die ortsnahen Landwirtschaftsflächen dafür verwenden möchten und der Chefplaner vom Verband Region Stuttgart uns andererseits keine isolierte Lösung zugestehen will. Mit den Arbeitsplätzen brauchen wir auch Wohnungen. Der Druck auf dem Wohnungsmarkt in Markgröningen ist enorm. Dass unsere Stadt so stark nachgefragt wird, ist ja schön. Aber wenn zu vernünftigen Mieten oder Kaufangeboten keine Wohnung oder kein Grundstück zu finden ist, treibt das die Mieten und Grundstückspreise derart in die Höhe, dass Handlung geboten ist. Schaut man nach Angeboten z.B. bei Immobilienscout, ist dort, außer übersteuerten Ladenhütern fast nichts zu finden. Mietangebote verschwinden meist nach 2 Stunden wieder, weil bereits über 200 Anfragen vorliegen. Mit externer Hilfe haben wir einen Mietspiegel entwickelt, der eine Orientierungshilfe für Mietpreise gibt und den wir in der nächsten Gemeinderatssitzung zur Verabschiedung vorlegen.

Der begonnene Prozess der Flächennutzungsplan - Planung zeigt auf, über welch großes, aber auch sensibles Gemarkungsgebiet wir verfügen. Dem soll der FNP in allen Belangen Rechnung tragen. Wohnen und Gewerbe, Denkmalschutz im Innenbereich, Landwirtschaft und Naturschutz sowie Naherholung und Gewässerschutz. Das sind die Hauptthemen, die es dabei zu schützen und entwickeln gilt. Wir besitzen den Status der Eigenentwicklungskommune und sind daher bei der Wohn- und Gewerbeentwicklung beschränkt auf den Eigenbedarf.

Deshalb ist für die Zukunft von Markgröningen ein schienengebundener Anschluss von allergrößter Bedeutung. Wenn uns das nicht gelingen sollte, werden wir längerfristig von jeder Weiterentwicklung abgehängt. Wir sind jetzt mit unseren Nachbarkommunen und dem Landkreis so nah dran wie noch nie. Deshalb appelliere ich an alle, die hier am Tisch sitzen: lassen Sie uns die Kräfte bündeln und gleich im neuen Jahr zu einem Beschluss kommen, der den Vorlaufbetrieb auf die Art und Weise möglich macht, der eine Weiterführung des Schienenanschlusses über den Bahnhof hinaus in die Stadt hinein und durch führt und die Weiterführung nach Süden zum Bosch und darüber hinaus offen lässt. Zwischen einer Reaktivierung nach dem Eisenbahngesetz und der Betriebsordnung StraB - im Niederflurbetrieb -, besteht nur ein Jahr Zeitdifferenz. Damit scheidet eine Doppelförderung in Verbindung zur Stadtbahn zwingend aus. Und deshalb gibt es nur eine Lösung und die heißt Niederflur im Vorlaufbetrieb. Der Kreistag entscheidet im Januar 2019, für welche Variante die weitere Planung für den notwendigen Antrag auf Bezuschussung gestellt wird. Wenn wir dabei sein wollen, gibt

es keine Alternative zum gleichlautenden Beschluss. Wenn wir das nicht zustande bekommen, ist für einen Schienenanschluss in Markgröningen der Ofen aus. Es ist durchaus zu befürchten, dass die Stadtbahn ohne uns entsteht, z.B. mit einem Ast von Möglingen direkt zum Bosch. Mir ist klar, dass die Reaktivierung der Schiene von vielen Faktoren abhängt. Aber wir müssen jetzt mit einem Beschluss auf den Zug aufspringen und dann haben wir genügend Zeit, die weiteren Planungsschritte mit unseren Partnern abzuarbeiten. Heute ist jedoch noch nicht wichtig, ob und wo eine Oberleitung angebracht werden muss oder wie die Züge genau auszusehen haben. Es geht jetzt darum, einzusteigen und dann fahren und bestimmen wir mit. In unserer Verantwortung für die Stadt und für die nach uns kommenden Generationen dürfen wir diese Chance nicht verspielen.

Ein wichtiges Augenmerk liegt auf den Personalkosten der Stadtverwaltung. Diese sind in den letzten 10 Jahren um über 70 % angestiegen. Dies ist eine gewaltige Steigerung. Die genaue Betrachtung zeigt auf, dass die Personalaufwendungen für die Kernverwaltung im Betrachtungszeitraum sich nur um rund 42 % erhöht haben, wovon die Hälfte tariflich bedingt ist. Bei den Dienststellen, vor allem im Bereichs- und Bildungsbereich hat sich der Personalkörper nahezu verdoppelt und daraus resultierend die Personalkosten um ca. 90 % erhöht.

Somit betreuen wir im Betrachtungszeitraum mit einer nahezu gleichbleibenden Innenverwaltung einen nahezu doppelt so großen Personalstand in den Dienststellen. Hinzu kommt eine immer größere Regelungsdichte und unzählige Zusatzaufgaben durch Gesetzesvorgaben.

Deshalb ist es völlig unverständlich, dass Gemeinderatsfraktionen die von der Verwaltung sehr sorgsam beantragten Stellen ablehnen und zum Teil noch bestehende Stellen in der Kernverwaltung streichen wollen. Natürlich wollen wir den Personalbestand nur auf dem unbedingt zur Aufgabenerfüllung notwendigen Stand halten. Aber wenn die notwendige Personalausstattung nicht zur Verfügung steht und sogar bei gleichbleibenden und anwachsenden Aufgaben noch weiter reduziert werden soll, werden wir unsere Aufgaben nicht mehr umfänglich erledigen können.

Die Zahl der Überstunden steigt ständig unvermeidbar an. Die Führungsebene bemüht sich bis jetzt noch erfolgreich um ein gutes Betriebsklima. Aber die Zahl der Überlastungsanzeigen häuft sich und der Personalrat, mit dem wir konstruktiv/kritisch zusammenarbeiten, hat sich nun erstmal direkt und ohne Absprache mit der Verwaltung an den Gemeinderat gewandt. Wir tun alles dafür, dem Gemeinderat zuzuarbeiten. Aber erkennen Sie bitte die Alarmsignale.

Es kommen ständig Aufgaben hinzu. Hat man früher beim Bedarf an KiTa-Plätzen einfach einen vorhandenen Raum in eine KiTaGruppe umgewandelt, so müssen wir heute ein Baugesuch erstellen und müssen ein aufwändiges Genehmigungsverfahren durchlaufen, um eine Betriebserlaubnis zu erlangen.

Im Naturschutzbereich sind die Aufgaben ebenfalls stark gewachsen. Z.B. ist der Erhalt und die Pflege der Naturdenkmale, von denen wir 80 Stück haben, jetzt gesetzlich geregelt. Für das Hochwasser- und Starkregenmanagement wird eine umfängliche Öffentlichkeitsarbeit gefordert, was auf der inzwischen halbierten Stelle der Naturschutzbeauftragten mit dem derzeitigen Stellenumfang völlig ausgeschlossen ist, wobei die allgemeine Öffentlichkeitsarbeit, die dringend erforderlich wäre, schon bei der Stellenreduzierung gestrichen wurde. Der Antrag auf Erhöhung ist ebenso wohlüberlegt, wie auch die Architektenstelle im Gebäudemanagement.

Es sind auch das Arbeitsschutzgesetz und die Versammlungsstätten Verordnung, die uns das Leben schwer machen. Nach max. 10 Std. Arbeit ist eine 11stündige Ruhepause vorgeschrieben. Hat man in der Vergangenheit noch in manchen Fällen darüber hinweggesehen, tritt das mit unserem neuen Zeiterfassungssystem offen zu Tage. Es kann von mir niemand verlangen, die Führungskräfte zu Gesetzesverstößen anzuhalten, indem sie unzulässige Zeitüberschreitungen genehmigen sollen und das im Zeiterfassungssystem auch noch zu dokumentieren. Die Anwesenheitspflicht der Hausmeister während der gesamten Veranstaltung in einer Versammlungsstätte ist ebenfalls ein Problem, das zu Mehraufwand führt. Mit der neuen Hausmeisterkonzeption wird es uns gelingen, durch Umverteilung der Aufgaben dies etwas abzufedern.

Aber die Aufgabenfülle macht von der Verwaltung nicht halt. Die Datenschutzgrundverordnung und die Digitalisierung werden wesentliche Bereiche der Arbeitswelt, des Verwaltungshandelns und des alltäglichen Lebens der Bürgerinnen und Bürger beeinflussen.

Auch auf unsere Bildungslandschaft wirkt sich dies unmittelbar aus. Der Breitbandausbau in den Stadtteilen ist inzwischen weiter fortgeschritten. Der finanzielle und personelle Aufwand ist jedoch nicht zu unterschätzen.

Mit den Planungen unserer neuen Wohnflächen kommen wir in letzter Zeit sehr schleppend voran. Wenn selbst Planungsdetails ständig hinterfragt werden und die Grundzüge der Planung eher destruktiv als konstruktiv begleitet werden, ergibt sich nicht nur eine hohe Bindung von Verwaltungskapazitäten, sondern es ergibt sich auch die Frage, wie auf der Grundlage eines solchen Agierens weitere Wohnungen entstehen sollen. Zweifellos steht eine gesunde Stadtentwicklung im Vordergrund.

Aber wir müssen den einen oder anderen Kompromiss eingehen und die bauwilligen Bauträger Wohnungen bauen lassen, die sich unsere Bürgerinnen und Bürger auch leisten können, wobei wir auch gefordert sind, dem sozialen Wohnungsbau große Bedeutung beizumessen. Chancen bestehen auf dem bebaubaren Areal am Benzberg, am Esslinger Tor und vor allem im Bereich der Ziegelei. Wir dürfen nicht in den Ruf kommen, einerseits eine Realisierung neuer Wohnbaupotenziale einzufordern, aber wenn's konkret wird, in die Blockade zu gehen, das kann nicht funktionieren. Verlässlichkeit ist ein hohes Gut. Die erforderliche Stringenz unseres politischen Handelns muss erkennbar bleiben. Dies gilt für eine aktive Wohnbaulandentwicklung, etwa durch Nachverdichtung im Innenbereich oder durch die in Hinblick auf unsere Einwohnerzahl relevanten Baugebiete. Ich halte das für essentiell und werde mich auch weiterhin dafür einsetzen, dass dem Rechnung getragen wird. Mit der neuen Flächennutzungsplanung 2035 legen wir selbstverständlich größten Wert darauf, dass die Menschen, die hier wohnen, ein Anrecht auf Frei- und Naturräume in ihrem Lebensumfeld haben. Gerade das macht Markgröningen auf unserer 2.700 ha großen Gemarkung lebenswert. Wichtig ist bei allem, dass wir bei wachsender Bevölkerung die Möglichkeit erhalten, die Kosten des Wachstums finanzieren zu können. Auch das ist im Sinne der Nachhaltigkeit. Auf die Schlüsselzuweisungen für Neubürger sind wir angewiesen, denn gerade die Weiterentwicklung der Infrastruktur ist enorm kostenintensiv. Durch das Bevölkerungswachstum ergeben sich nicht nur Mehraufwendungen bei Bildung, Kinderbetreuung und Verkehr, auch für die Sicherheit der wachsenden Stadt muss Sorge getragen werden, z.B. beim Fuhrpark und der weiteren Ausstattung der Feuerwehr. Auch der Demographische Wandel bleibt relevant. Bei der Klausurtagung letzte Woche wurde uns mit Hilfe von statistischen Zahlen vor Augen geführt, dass der Bevölkerungsanteil der über 60-jährigen in unserer Stadt steigt. Im Seniorenbereich sind wir in Zukunft genauso gefordert wie bei der Betreuung und Bildung. Die Einrichtung des Seniorenrats war ein weiterer Schritt zu einer aktiven Seniorenarbeit und ich sehe in dieser Zusammenarbeit eine große Chance. Gleichzeitig mache ich darauf aufmerksam, dass die gesetzliche Vorgabe, alle Bushaltestellen in der Stadt bis 2022 behindertengerecht umzubauen, eine fast nicht zu bewältigende Herausforderung darstellt. Nach den Erhebungen unseres Fachgebiets Infrastruktur sollen wir 37 Bushaltestellen mit einem Kostenaufwand von 1,3 Mio € behindertengerecht gestalten, wobei wir mit einer Förderung von immerhin bis zu 50% rechnen können. Nachhaltiges Haushalten gehört zu unseren wichtigsten Aufgaben. Wir

haben in den letzten Jahren enorme Summen in unsere Infrastruktur investiert. Keinen Cent haben wir dabei vergeudet. Trotzdem haben wir hohe Schulden, die wir aufgrund der extrem niedrigen Zinsen gut schultern können. Sollte jedoch die Konjunktur einbrechen oder das Zinsniveau deutlich ansteigen, wird die Situation für Markgröningen schwierig. Deshalb bleibt die weitere Reduzierung der Defizite in der Mittelfristplanung eine Aufgabe, die in den anstehenden Haushaltsplanberatungen nicht ignoriert werden darf. Insofern bitte ich heute bereits für die anstehende Haushaltsdebatte um Zustimmung zu diesem Haushalt für das Jahr 2019, damit verlässliches und nachhaltiges Handeln im Interesse aller Markgröninger Einwohner fortgesetzt werden kann.

Als Quintessenz bleibt festzuhalten, dass unsere Stadt mit ihren fast 15.000 Einwohnern eine leistungsfähige Kommune ist, die sich durch Bürgernähe und breite Angebote für die Bevölkerung auszeichnet. Bei allen Herausforderungen, die durch Siedlungsdruck, Digitalisierung, Verkehrsentwicklung und Demographischen Wandel auf unsere Stadt zukommen, können die Bürgerinnen und Bürger in beiden Stadtteilen zuversichtlich sein, dass ihre Stadt eine weiterhin vitale und gedeihliche Entwicklung erfährt und dass Markgröningen für die Herausforderungen der Zukunft gut gerüstet ist.

Für die sorgfältige Vorbereitung des Haushaltsplanentwurfs danke ich unserem Stadtkämmerer Klaus Schmelzer mit all seinen Mitarbeiter/innen, aber auch den Mitarbeitern der ganzen Innenverwaltung, die der Kämmerei sehr gut zugearbeitet haben, damit ich dem Gemeinderat einen positiven und damit beratungsfähigen Haushalt vorlegen kann.

In diesem Sinne wünsche ich uns eine konstruktive und ich den Grundpfeilern einvernehmliche Beratung.